

GROSSER RAT

Anfrage Ruedi Vonlanthen und Isabelle Portmann

2015-CE-96

Bundesasylzentrum Guglera

DSAS
26.03.2015

Am 25. Februar 2015 wurde der Bevölkerung von Giffers und der näheren Umgebung mitgeteilt, dass Herr Beat Fasnacht das Guglera-Gebäude (ehemalige erfolgreiche und in der ganzen Schweiz bekannte Mädchensekundarschule) an den Bund verkauft, um das erste Bundesasylzentrum in unserer Gemeinde einzurichten. Nicht nur die Bevölkerung wurde von dieser Nachricht überrascht; auch der Gemeinderat von Giffers wurde völlig ignoriert und nicht in die letzten Verhandlungen miteinbezogen. Diese Kommunikationslücke hat in erster Linie der Staatsrat zu verantworten. An diesem Informationsabend wurde das Versprechen, brennende Fragen zu beantworten, nicht gehalten. Die Informationsveranstaltung schuf mehr Fragen als Antworten und löste bei den über 1000 Anwesenden Kopfschütteln und Frust aus. Rundumschläge einiger Medien heizten die angespannte Situation zusätzlich an und der Staatsrat verpasste durch sein Stillschweigen, Transparenz und Verständnis zu schaffen.

Wie schon mehrmals beteuert wurde, haben wir schlussendlich nichts gegen ein Empfangszentrum (für echte Flüchtlinge hat Giffers immer Platz), aber wir haben ein Recht darauf, dass die Standortgemeinde und die angrenzenden Gemeinden vom Bund und Kanton für die besonderen Aufwände und Aufgaben finanziell entschädigt werden. Ferner müssen gemäss den erlassenen Bestimmungen die betroffenen Gemeinden in die Verhandlungen miteinbezogen werden und vor allem muss die Sicherheit gewährleistet sein. Wir erinnern den Staatsrat, dass Giffers mit dem Einrichten eines Bundesasylzentrums in der Guglera für den ganzen Kanton Freiburg ein Problem löst. Davon profitiert der ganze Kanton Freiburg finanziell. Dieses Geschehen lässt uns folgende Fragen an den „löblichen“ Staatsrat stellen:

Am Informationsabend hüllten sich die Verantwortlichen über den Kauf- und Verkaufspreis der Guglera in Schweigen. Man wollte keine Auskunft geben. Heute ereilt uns die Meldung, dass der Bund das Gebäude für Fr. 19 Millionen von Herrn Fasnacht kauft, der vor 7 Jahren das ganze Imperium (Guglera-Gebäude mit dem Landwirtschaftsbetrieb und über 150 Jucharten Land) von den Ingenbohrer-Schwestern für 10 Millionen Franken erwarb.

1. Muss sich der Kanton an diesen Kaufkosten beteiligen? Zahlen der Bund und der Kanton auch Handänderungssteuern?
2. Stimmt es, dass mit dem Kauf der Guglera beschlossen wurde, ein Ausschaffungszentrum einzurichten?
3. Was unternimmt der Staatsrat konkret, um die Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewährleisten? Haftet der Kanton für allfällige Vorkommnisse und Schäden?
4. Welche Pauschalentschädigung erhält die Standortgemeinde Giffers pro Jahr für die besonderen Aufgaben und den zusätzlichen Aufwand?
5. Soll die Pauschalentschädigung 150'000 Franken im Jahr betragen? Wie viel erhalten die angrenzenden Gemeinden?

6. Werden die einzelnen Unternehmen der Region bei Arbeitsaufträgen berücksichtigt?
7. Übernimmt der Kanton die Kosten der zu erstellenden Infrastrukturen wie Unterhalt und Verbreiterung der betroffenen Strassen, Erstellen eines Trottoirs, Erweiterung des Frischwasser- und Abwassernetzes, Kehrichtgebühren usw.? Wir erinnern daran, dass der Bund bekanntlich keine Steuern (auch keine Liegenschaftssteuern) und Abgaben bezahlt.
8. Müssen die Asylbewerberinnen und Asylbewerber die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, um nach Freiburg zu gelangen oder werden Spezialtransporte organisiert? Wer übernimmt die Kosten?
9. Werden Schülerinnen und Schüler in Giffers eingeschult und wer übernimmt diese Transportkosten?
10. Wer übernimmt die allfälligen Sozialfälle, die wegen dem Bundesasylzentrum entstehen, weil nicht ausgewiesene Flüchtlinge in unseren Gemeinden bleiben und zu Sozialfällen werden?
11. Übernimmt der Kanton Freiburg die Krankenkassenprämien und allfällige ungedeckte Spital- und Arztkosten?

Sollten unsere Bedingungen nicht erfüllt werden, so wären wir gezwungen, sämtliche Rechtsmittel anzuwenden, um unser Anliegen durchzubringen.

Wir danken dem Staatsrat für die Beantwortung unserer Fragen, um Klarheit und Transparenz zu schaffen, denn die betroffene Bevölkerung ist über die mögliche Entwicklung sehr besorgt.

(Gez.) Ruedi Vonlanthen, Grossrat
und Isabelle Portmann, Grossrätin